

gen des Landes, das „NRC-Handelsblad“, begann einen Kommentar bezeichnenderweise mit dem Satz: „Der Bischof von Roermond hat in diesen Tagen dem Königreich der Niederlande den Krieg erklärt.“ Ministerpräsident *Van Agt* (CDA) und andere katholische Regierungsmitglieder verurteilten scharf die Aussagen des Bischofs über die absolute Verbindlichkeit kirchlicher Normen für die politische Willensbildung. In bezug auf die Abtreibungsfrage stellte der Ministerpräsident fest: „Ich finde, daß er unrecht hat, und ich werde, aufs Ganze gesehen, nicht von dem Weg abweichen, den ich nach sorgfältiger Überlegung eingeschlagen habe.“

Schillebeeckx: Bischof, bekehren Sie sich!

Die umfassende theologische Antwort auf Bischof Gijsen gab *Edward Schillebeeckx* in einem Interview, das in „Elseviers Magazine“ vom 27. Januar erschien. In ungewöhnlich scharfer Form rechnet der bekannteste katholische Theologe der Niederlande darin mit den Auffassungen von Gijsen über Glaube und Kirche ab. Gleich zu Anfang wird der zentrale Ansatzpunkt der Kritik deutlich: „Im Namen Gottes und Christi wird etwas zur Annahme oder Ablehnung vorgelegt, was in Wirklichkeit ein Gemisch von authentischem Christentum und menschlichen Interpretationen und Meinungen ist. Alles, Evangelium und Dogma, die faktische Kirchenordnung – der in diesem Interview die zentrale Bedeutung zukommt – wie auch die Ethik für den einzelnen verheirateten oder unverheirateten Laien, alles wird auf einen Haufen zusammengeworfen. Vor allem Ethik und Kirchenordnung scheinen für Bischof Gijsen direkte Willensäußerungen Gottes zu sein, während doch gerade auf diesem Gebiet wechselnde Erfahrungen in der Kirche eine große Rolle gespielt haben.“ Schillebeeckx zufolge identifiziert Gijsen falsche Sicherheiten mit dem christlichen Glauben und nimmt damit gleichzeitig das Evangelium aus dem konkreten menschlichen Erfahrungshorizont heraus. Das biblische

Angebot der Gnade wird verfälscht in ein gehorsames Annehmenmüssen von autoritär begründeten Geboten. Es gibt eben kein „kirchliches Paket“, dem gegenüber sich nur die Alternative „Vogel friß oder stirb“ stellen würde, sondern immer die notwendige Vermittlung der frohen Botschaft mit je neuen Situationen. Gijsen unterstelle den Laien pauschal mangelnde Identifikation mit der Kirche, während er selbst keinerlei Selbstkritik, keinerlei Vorsicht im Urteilen über Menschen erkennen lasse. Die Menschen mit ihren Nöten und Schwierigkeiten würden so zu Opfern einer unchristlichen Prinzipienreiterei. Gijsen „bagatellisiert den Konflikt, der zwischen dem persönlichen Gewissen und einer fehlbaren, wenn auch offiziellen kirchlichen Auffassung bestehen kann“. Seine Skepsis gegenüber der Institution Bischofskonferenz verrate eine monarchische Vorstellung von der Ausübung des Bischofsamtes. Der bloße Ruf nach dem Papst sei kein Allheilmittel für die spezifischen Probleme einer Teilkirche. Schillebeeckx fordert zum Schluß seines Interviews: „Bischof, bekehren Sie sich! Sie bringen mit der Berufung auf Gott und al-

les, was heilig ist, Menschen zu Unrecht in Angst und Gewissensnot!“ Das engagierte Plädoyer von Schillebeeckx für eine offene, selbstkritische und ehrliche Kirche macht deutlich, daß man im niederländischen Katholizismus das Feld nicht kampflos der Intransigenz von Bischof Gijsen und seinen Vorstellungen über Theologie, Moral und Kirchenstruktur überlassen will. Der niederländische Episkopat ist um seine Aufgaben in nächster Zeit wahrlich nicht zu beneiden, wenn angesichts solcher fundamentaler Gegensätze die kirchliche Einheit nicht nur gewahrt, sondern auch vergrößert werden soll. Es wird für die Zukunft sicher auch viel davon abhängen, welche Haltung der Papst gegenüber dieser Teilkirche einnimmt, die wie kaum eine andere in Westeuropa den nachkonziliaren Prozeß der Verwandlung und Erneuerung mit allen Chancen und Risiken durchgemacht hat. Das Bild von der Kirche allerdings, das Bischof Gijsen vorschwebt und das er mit Rückendeckung aus Rom weiter durchsetzen will, kann kaum zum Leitbild für den weiteren Weg des holländischen Katholizismus werden.

U. R.

Schatten- und Lichtseiten der englischen Krise

Protestaktionen und Arbeitsniederlegungen der Lohnempfänger gehören seit Generationen zum britischen Alltag. Was bei der Streikwelle dieses Winters neu ist, sind die weite Fächerung der streikenden Berufszweige, die Einsicht, daß eine zahlenmäßig kleine Gruppe die Wirtschaft des Landes weitgehend lahmlegen kann und die Machtlosigkeit der Regierung wie der nationalen Arbeitnehmerverbände gegenüber den Ausständen lokaler Gewerkschaften.

Erkenntnisse eines trüben Winters

Die meisten britischen Kommentare zur neuesten Streikwelle beziehen sich

auf den *Bruch des Wirtschaftsfriedens durch Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes*. Ob Totengräber oder Krankenschwestern, Müllabfuhrleute oder Ambulanzfahrer, Lehrer oder Journalisten, oder Abwarte öffentlicher Gebäude – sie alle, selbst die für die lebenswichtigen Dienste Verantwortlichen, sind jetzt bereit, die Arbeit niederzulegen. Streiks sind jetzt nicht mehr lediglich Sache der Industriegewerkschaften, sondern auch von Beamten und Vertretern freier Berufe (professionals), die in der Vergangenheit solche Druckmethoden verabscheuten haben. Diese Erkenntnis hat die britische Öffentlichkeit diesen Winter zutiefst verunsichert.

Die zweite Einsicht betrifft die *Macht von relativ kleinen, aber wirtschafts-*

strategisch wichtigen Berufsgruppen. Der Ausstand von 80000 Lastwagenführern hat, obwohl er regional begrenzt war, die Hälfte der britischen Häfen blockiert und die arbeitswilligen Hafearbeiter zur Untätigkeit verurteilt. Als weitere Folge dieses Streiks mußten die Fabriken ihre Produktion drosseln, erhielten die Bauern zu wenig Futtermittel für ihre Tiere, waren die Läden zeitweilig ohne Butter und mußten die Zeitungen in Mini-Ausgaben erscheinen, weil die Papierversorgung ungenügend war. Die *Verwundbarkeit der britischen Wirtschaft* ist offensichtlich: Eine kleine, aber gut organisierte Gruppe von Arbeitern kann ein Land wie Großbritannien praktisch lahmlegen, ohne daß die großen Gewerkschaften oder die Regierung etwas dagegen hätten unternehmen können.

Dies denn ist eine weitere Erkenntnis des trüben englischen Winters: Nicht die Bosse des mehrere Millionen Mitglieder zählenden „Trade Union Congress“ (TUC) waren für die Streiks verantwortlich; im Gegenteil, hinter den Kulissen taten sie alles, um die lokalen Streiks beizulegen. Die Arbeitsverweigerung war ebenso sehr ein *Aufstand der Basis* gegen die Gewerkschaftshierarchie wie ein Druckmittel zur Durchsetzung von Lohnerhöhungen und besseren Arbeitsbedingungen. Die nationale Gewerkschaftsführung und die den Gewerkschaften nahestehende Labour-Regierung von Premierminister *James Callaghan* mußte diesen Zustand so gut wie tatenlos hinnehmen.

Die Regierung Callaghan hat zwar in einigen Ortskreisen *vorübergehend den Notstand ausgerufen*, um Truppen für den Notfalldienst der Krankenhäuser einzusetzen. Im übrigen aber war die Regierungsdevise die des langen Atems und des geduldigen Durchhaltens. Selbst Anhänger der Oppositionspartei waren überzeugt, daß die Forderung von Frau *Margaret Thatcher* nach „Konfrontation“ mit den Gewerkschaften und neuen restriktiven Gesetzen langfristig keine Schlichtung des Arbeitskonfliktes bringen würde. Theoretisch ist die Lohnpolitik der Labour-Regierung

– das geben auch die schärfsten Kritiker zu – das einzige Mittel, um die Inflation unter 10% zu halten und eine Rückkehr der Krise von 1970–74 zu verhindern. Insbesondere haben internationale Finanzkreise der Wirtschaftspolitik Callaghans ihr Vertrauen ausgesprochen, denn trotz wochenlangen Streiks hat das britische Pfund am Devisenmarkt kaum etwas von seiner Kaufkraft eingebüßt.

Aber Callaghans Rezept der *freiwilligen Beschränkung von Lohnerhöhungen* auf höchstens 5% im Jahr, später für die Einkommensärmsten auf 8,8% erhöht, ist praktisch undurchführbar. Schon durch die Tatsache, daß sieben Millionen Arbeitnehmer weniger als 70 Pfund (259 DM) in der Woche verdienen, ist die rigorose Lohnpolitik der Regierung zum Scheitern verurteilt.

Zwei Bischöfe melden sich zu Wort

Daß die Kirchen zur Behebung der gegenwärtigen Malaise oder zum *permanent decline* – dem schleichenden Niedergang – des Landes etwas Wesentliches beitragen könnten, wird in England von niemandem erwartet. In der Geschichte der Anglikanischen und der Katholischen Kirche Großbritanniens gibt es zwar Sozialethiker und Reformen, die sich mit den Verhältnissen in den überseeischen Gebieten auseinandergesetzt haben, aber keinen Bischof Ketteler oder Priester wie Raiffeisen und Kolping, welche die wirtschaftlichen und sozialen Mißstände im Lande selbst ins Auge gefaßt hätten. Der Methodistenkirche ist seit gut hundert Jahren die Rolle zugefallen, dem Gewissen des englischen Volkes Ausdruck zu geben, und Bewegungen wie die Heilsarmee haben die „Armen“ karitativ unterstützt. Aber selbst die Methodistenkirche hat in diesem Winter den Versuch unterlassen, auf die Streikenden und die Opfer des Ausstandes einzuwirken. Außer einer zweimaligen scharfen Antistreikerklärung von Erzbischof *Coggan* ist auf nationaler Ebene von kirchlichen Stellungnahmen nichts bekannt geworden.

Eine Aufsehen erregende kirchliche Erklärung zur gegenwärtigen Lage kam indessen von den anglikanischen und katholischen Erzbischöfen der Hafen- und Industriestadt Liverpool. In einem am 28. Januar erlassenen gemeinsamen Aufruf verteidigten die beiden Bischöfe die Lohnpolitik der Regierung, suchten aber auch für die Streikenden um Verständnis zu werben. Insbesondere verurteilten sie jene Manager von Großindustrien, die sich sang- und klanglos über die von der Regierung empfohlenen Lohnerhöhungsschranken hinweggesetzt hätten: „Sie sind für die gegenwärtigen Entbehrungen der Bevölkerung und für die Schädigung der Wirtschaft ebenso verantwortlich wie die Streikposten“ (vgl. Daily Telegraph, 29. 1. 79). In einer deutlichen Parteinahme für die Schlechtbezahlten sagten die beiden Bischöfe:

„Wenn wir z.B. den Ambulanzfahrern das Recht auf Streik verweigern, weil unsere grundlegende menschliche Sicherheit von ihren Dienstleistungen abhängt, müssen wir ihnen die gleiche Sicherheit für ihren Lebensunterhalt zugestehen, wie sie jetzt für Polizeibeamte und Feuerwehrleute besteht.“ Und mit einer deutlichen Spitze gegen die Super-Verbände sagen sie: „Die mächtigen Gewerkschafter, die bereits höhere Löhne beziehen als der Durchschnitt, sollten sich an das von den Gewerkschaften seit je hochgehaltene Prinzip der Solidarität erinnern. Der Begriff ‚freie Tarifverhandlungen‘ (free collective bargaining) gehört nun einmal zum Vokabular nicht nur der Gewerkschaften, sondern zur freien Marktwirtschaft schlechthin.“

Die gewerkschaftlichen Dachverbände hätten ihre Sorge für die Ärmsten der Arbeiter schon weitgehend aufgegeben, führten die Liverpoolscher Erzbischöfe weiter aus. „Zu den Armen gehören vor allem jene, die nicht am Verhandlungstisch sitzen, weil sie überhaupt keine Arbeit haben.“ Das Problem der zunehmenden Arbeitslosigkeit sollte alle, auch die Arbeitgeber, zu einem gemeinsamen Vorgehen bewegen, gemäß dem Prinzip:

„In einem Land mit begrenzten Ressourcen bedeutet dieses gemeinsame Vorgehen oftmals freiwilligen Verzicht (self sacrifice) der Starken zugunsten der Schwachen.“

Dieser mutigen, wenngleich in ihrer Gesamtintention nicht völlig durchsichtigen Erklärung zweier Bischöfe stehen Hunderte von Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln gegenüber, in denen die „Englische Krankheit“ bis in letzte Details diagnostiziert wird. Unter den Kommentatoren herrscht weitgehende Übereinstimmung, daß nur eine *massive Erhöhung der Produktion* in jedem Sektor der Industrie und eine Verbesserung der Dienstleistungen Großbritanniens langfristig aus seiner Misere herausbringen können. Das Grundübel sei nicht mangelnder Arbeitswille, sondern die konservative bzw. innovationsfeindliche Haltung des Managements und der Gewerkschaften. Das Industriemanagement sei nicht genügend produktionsorientiert, sondern bleibe dem Status quo verhaftet, meint der Oxforder Experte *Walter Eltis* (Sunday Times, 17. 9. 78). Es glaube noch immer, mit den veralteten Anlagen und Fabriken konkurrenzfähig bleiben zu können, nachdem es schon in den sechziger Jahren die nötige Erneuerung der Betriebe verpaßt habe. Den großen Gewerkschaften gehe es primär um die Erhaltung unproduktiver Arbeitsplätze und um Opposition gegen neue, produktivere Arbeitsstellen. Auch die Regierung sei im Grunde *innovationsfeindlich*. Mit einem Sonderprogramm von 500 Millionen Pfund (1,85 Milliarden DM) versuchten die staatlichen Britischen Stahlwerke veraltete Anlagen im Gang zu halten, um keine Arbeitsplätze zu verlieren. Londons Häfen bedürften eines Zuschusses von 35 Millionen Pfund (129 Millionen DM), um ihre produktionsschwachen Betriebe überhaupt aufrechterhalten zu können.

Polen erwartet den Papst

Polens politische Führung sieht einem *Besuch des Papstes* in seiner Heimat noch immer mit sehr gemischten Gefühlen entgegen. Wie in Warschau zu hören ist, soll der Widerstand bei der Parteibasis in den letzten Monaten gewachsen sein. Deutliches Zeichen für

Der industrielle Konservatismus könne nur durch eine radikale Umsetzung der Führungspositionen in den Betrieben überwunden werden (Leitartikel des Observer, 28. 1. 79). Das bedeute, daß dem Ingenieur in der Industrie wie in der Gesamtwirtschaft mehr Einfluß eingeräumt werden müsse. Zudem müßten die besten und schöpferischsten Kräfte Großbritanniens, die sich bis heute vornehmlich der Politik, der Publizistik, dem Banken- und Versicherungssektor sowie dem Lehrberuf zugewendet haben, jetzt vermehrt für eine Karriere im Industriemanagement gewonnen werden.

Den Festländern wieder einmal voraus?

In seinem Buch „Britain: A Future that Works (André Deutsch, London, 1978) analysiert der Amerikaner *Bernard D. Nossiter* die Briten und ihre Wirtschaft. Er kommt dabei zum Schluß, daß die Engländer auch beim gegenwärtigen Wandel von einer Profit- zu einer Bedarfsdeckungsgesellschaft ihren kontinentalen Vettern wieder einmal Jahrzehnte voraus seien. Für diesen für Nossiter durchaus begrüßenswerten und im letzten notwendigen Umschwung seien die Engländer aufgrund ihres Temperaments und ihrer Geschichte weit besser vorbereitet, als das bei andern Industrienationen zu erwarten sei. Im übrigen würden die vielfältige und sinnvolle Freizeitgestaltung der Engländer und das blühende Konzert- und Theaterleben schwierige Zeiten wie den trüben Winter 1979 weitgehend erhellen.

M. T.

Amtsübernahme in Rom hat Papst Wojtyła aber immer wieder öffentlich verkündet, er wolle zu den Feiern zum 900. Jahrestag des Martyriums des polnischen Nationalheiligen Stanislaus im Mai in Krakau sein und halte dies auch für seine seelsorgerische Pflicht. Die zentralen Feiern sind am 13. Mai vorgesehen. Sie könnten aber zur Not noch etwas verschoben werden.

Probleme mit dem hl. Stanislaus

Bei den staatlichen Bedenken geht es jedoch nicht um ein bestimmtes Datum, sondern um den Anlaß, das Stanislaus-Jubiläum. Wie bei den geschichtsbewußten Polen so oft spielen weit zurückliegende historische Ereignisse und Traditionen sowie deren mögliche Auslegung für die Gegenwart eine unmittelbare politische Rolle.

Der *heilige Stanislaus*, Bischof von Krakau, wurde im Jahre 1079 von König Boleslaw dem Kühnen umgebracht, der Überlieferung nach während des Gottesdienstes am Altar – eine Art polnischer Thomas Beckett also. Der König mußte wenig später nach Ungarn fliehen. In der ältesten erhaltenen Chronik von Gallus Anonymus wird Stanislaus als „Träditor“ – „Verräter“ bezeichnet, der hingerichtet worden sei. Diese Aufzeichnungen wurden 35 Jahre nach den Ereignissen gemacht. Die fast ein Jahrhundert später verfaßten Aufzeichnungen von Wincenty Kadlubek, auf die die Kirche sich stützt, sprechen davon, daß Bischof Stanislaus sich gegen die grausame Bestrafung von Rittern und deren Familien gewandt habe, die das Heer des Königs bei seinen langen Kriegszügen nach Kiew verlassen und zu ihren Familien zurückgekehrt seien.

Er wird von der polnischen katholischen Kirche heute als Verteidiger der moralischen Ordnung und der Rechte des Menschen gegen die weltliche Macht gefeiert. „Stanislaus ist der erste Patron derer, die in verschiedenen Zeiten zur Verteidigung der grundle-